

# Vermerk

---

**Betreff: Auswertung der Volksinitiativen**

**Datum:** 17.9.2006

am 4.9.2006,

Reinoldinum Dortmund,

Beginn: 13.00 Uhr – Ende: 14.30 Uhr

---

Beteiligte: Herr Wonik, Herr Müller, Herr Greese, Herr Schöttle, Frau Werthmanns-Reppekus, Herr Amonet, Herr Dahl, Frau Exner, Her Kozicki, Herr Matthes, Frau Peil, Herr Künstler, Herr Stranz

Es wurden u.a. beraten:

## 1. Einschätzung des Ergebnisses der Volksinitiativen

### a) Für die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“ wurde u.a. betont:

- Das Ziel der Volksinitiative wurde nicht erreicht.
- Es wurde jedoch erreicht, dass die Finanzierungsbasis von 75 Mio. € bis zum Jahr 2010 gesichert ist.
- Das Sonderprogramm soll noch in den Jugendförderplan einbezogen werden.
- Das Planziel (175.000 Unterschriften) wurde deutlich überschritten: 330.000 Unterschriften.
- Es hat sich jedoch ein Netz von Unterstützenden entwickelt, dass so nicht erwartet worden ist.
- Es war ein nicht erwartetes Medieninteresse gegeben, so dass das Thema in NRW präsent war.  
Das Interesse war insofern leichter, zumal die Inhalte immer kurz vor den Schritten der Volksinitiative NRW 2006 platziert werden konnten.
- Es konnten die verantwortlichen Landespolitiker kennengelernt und erfahren werden, wie mit Zahlen gelogen wird.

### b) Für die Volksinitiative NRW 2006 wurde u.a. festgestellt:

Das Ziel wurde nicht erreicht.

- Die Modifizierungen im Landeshaushalt können nicht als Entgegenkommen angesehen werden.
- Es zeichnet sich ab, dass das Sonderprogramm „Frühe Förderung“ auch im Jahr 2007 aufgelegt werden soll.
- Die Volksinitiative hat „erfolgreich verloren“.
- Zwischen den Beteiligten und zu den Ortsverantwortlichen ist eine Nähe entstanden.
- Der in 3 Monaten profilierte Protest muss auch auf den Landeshaushalt 2007 weitergeführt werden.
- Neben der Auseinandersetzung zum Landeshaushalt haben die Beratungen zur Novellierung des Landesrechts für Tageseinrichtungen begonnen, das für die Sicherung und

Weiterentwicklung des ganzen Arbeitsbereichs von grundlegender Bedeutung ist. Ebenso ergibt sich ein Beratungsbedarf zum Themenbereich „Familienzentren“.

- Es wurde deutlich, dass die Politik/Jugendpolitik in NRW im wesentlichen von drei Personen bestimmt wird: Ministerpräsident, Finanzminister, Fraktionsvorsitzendem.

### c) **Gemeinsame Einschätzung**

Die Durchführung von 2 Volksinitiativen war für beide ein „Verlust“.

Im Vorfeld des Beginns der Volksinitiative Jugend braucht Vertrauen war ein Zugehen auf den Vorschlag für eine gemeinsame Volksinitiative nicht mehr aufzugreifen. Die vorgesehenen Fristsetzungen haben das Handeln bestimmt. Konkret wurde die Zusammenarbeit während der Laufzeit immer besser.

Es gibt einen Bedarf für weitere gemeinsame Aktivitäten, zumal bei den Beratungen zum Landeshaushalt 2007.

Die derzeit geltenden Bedingungen und die entsprechenden Anforderungen an die Träger, schließen die Durchführung eines Volksbegehrens aus.

Es sollte ein gemeinsames Auswertungsgespräch mit der Landtagspräsidentin zu den Volksinitiativen geführt werden, um Erfahrungen bei der Durchführung der Volksinitiative weiterzugeben.

Die Entwicklungen im Bereich der Tageseinrichtungen (Novellierung des GTK, Entwicklung zu Familienzentren) habe auch Bedeutung für die Jugendverbände, zumal bei Ihnen zusätzlich die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit von Belang ist.

Angesichts der mit den Volksinitiativen angesprochenen kritischen Auswirkungen der Kürzungen müssen jetzt die Auswirkungen, z.B. auf die Jugendarbeit, auch dargestellt werden.

## 2. **Perspektiven**

Es wurden folgende weitere Schritte verabredet:

### a) **Rückmeldung an die Politik**

In einem Schreiben an die Landtagspräsidentin – mit Weiterleitung an alle Abgeordneten des Landtags – soll aus der Sicht der Volksinitiativen das Ergebnis bewertet (erfolgreich verloren), die Unzulänglichkeiten bewertet (fehlende Partizipation), die Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bewertet/dargestellt (möglichst mit konkreten Beispielen), die Widersprüchlichkeit zwischen Zusagen und der tatsächlichen Realität (tatsächliche Kürzungen stehen den politischen Erklärungen über die „beispiellose Steigerung der Förderung“ – siehe Landtag intern – entgegen) die weitere Begleitung auch im Zusammenhang mit der Aufstellung des Landeshaushaltes 2007, der die Kürzungen fortsetzt, angekündigt werden.

*Absprachen hierzu:*

Entwurfss Fassungen werden von Herrn Müller erstellt. Ich sagte die Mitwirkung bei der Erstellung zu.

### b) **Auswertung der Volksinitiative mit der Landtagspräsidentin**

In einem Gespräch mit der Landtagspräsidentin sollen die Erfahrungen beider Volksinitiative erörtert werden, u.a.

Unzulänglichkeiten bei der organisatorischen Abwicklung

unangemessene politische Beteiligung bei der Beratung der Volksinitiative (Beispiel: Landtagsanhörung).

*Absprachen hierzu:*

Herr Müller übernahm die Terminabstimmung mit Frau van Dinther. Ich bot eine Mitwirkung an.

c) **Auswertung im Rahmen der Landespressekonferenz**

Im Anschluss an die Beratung mit der Landtagspräsidenten soll im Rahmen einer Pressekonferenz über die Erfahrungen und die Weiterfolgung der Anliegen (Landeshaushalt 2007, Partizipation) berichtet werden.

*Absprachen hierzu:*

Verantwortlichkeiten für die im Zusammenhang mit dem Gespräch mit Frau van Dinther stehende Aktivität liegen bei Herrn Müller.

d) **Information der Aktiven der Volksinitiativen**

Die Beteiligten der Volksinitiativen (u.a. auch die Ortsverantwortlichen) sollen über das Ergebnis, die gemeinsame Auswertung, die Einschätzung und das weitere Vorgehen informiert werden.

*Absprachen hierzu:*

Konkrete Verabredungen wurden nicht getroffen.

**3. didacta 2007**

Im Rahmen der Beratungen wurde ausgetauscht, dass die Jugendverbände insgesamt mit einem Stand während der Bildungsmesse erstmals präsent sein wollen. Herr Kozicki bot eine Mitwirkung auf der Sonderschaufläche mit einem inhaltlichen Beitrag an.

*gez. Gerhard Stranz*

**Arbeitsperspektiven:**

- Erstellen des Vermerks
- Übersenden des Vermerks an die Mitglieder des Forum – Abstimmung mit Herrn Müller
- Übernommene Verantwortlichkeiten:
  - Mitwirkung bei der Erstellung des Schreibens über die Darstellung der tatsächlichen Kürzungen
  - Mitwirkung bei der Erstellung des Schreibens zur Weiterverfolgung der Anliegen
- Abklärung über die Anmeldung bei der Messegesellschaft – Abstimmung mit Herrn Müller
- Abstimmung mit Herrn Kozicki über dessen inhaltlichen Beitrag auf der Sonderschau